

Verbraucherschutz

## Aigner will Zulassung von Pestiziden vereinfachen

Nach Medienberichten will Verbraucherschutzministerin Aigner die Hürden bei der Zulassung von Pestiziden senken. Das Vetorecht des Umweltbundesamtes soll entfallen.

Von dpa

27. Januar 2011, 6:54 Uhr / Quelle: dpa / [49 Kommentare](#)

Nach Informationen des ARD-Magazins *Monitor* soll das [Umweltbundesamt](#) [<http://www.zeit.de/thema/umweltbundesamtes>] bei der Zulassung von Pestiziden künftig kein Veto-Recht mehr haben, wenn dieses Pestizid bereits in einem anderen EU-Land zugelassen wurde. Konkret geht es dabei um die Länder der sogenannten Mittleren EU-Zone. Dazu zählen unter anderem [Rumänien](#) [<http://www.zeit.de/thema/rumaenien>], [Polen](#) [<http://www.zeit.de/thema/polen>], [Österreich](#) [<http://www.zeit.de/thema/oesterreich>] und [Großbritannien](#) [<http://www.zeit.de/thema/grossbritannien>]. Dies geht aus einem Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hervor.

Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) kritisiert das geplante Gesetz als "schweren Schlag für den Umwelt- und Verbraucherschutz", so NABU-Sprecher Florian Schöne. Die Organisation befürchtet, dass "das hohe deutsche Schutzniveau erheblich verwässert wird, indem Altwirkstoffe aus anderen Mitgliedstaaten, die im hohen Maße toxisch, krebserregend und gefährlich sind, plötzlich auf dem deutschen Markt zugelassen werden."

Das Landwirtschaftsministerium bestätigte gegenüber *Monitor* die Existenz des Gesetzentwurfes. Im EU-Zulassungsverfahren sollten auf nationaler Ebene "doppelte Prüfungen vermieden werden".

Allein im Jahr 2010 hatte das Bundeslandwirtschaftsministerium 150 Zulassungsanträge nach Pflanzenschutzgesetz befürwortet. 32 dieser Anträge wurden vom Umweltbundesamt jedoch per Veto gestoppt, wegen zu hoher Risiken. Damit habe, so NABU-Sprecher Schöne, das UBA dem "industriefreundlichen Bundeslandwirtschaftsministerium Paroli geboten".